



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Emissionshandel stärken – CO₂-Steuer verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Klimaschutzpolitik in Deutschland gescheitert ist. Der Bundesrechnungshof stellt in seinem Sonderbericht vom September 2018 fest, dass die meisten Ziele der Energiewendepolitik bis zum Jahr 2020 nicht erreicht werden. So werde die Absenkung des Gesamtenergieverbrauchs um 20 % sicher verfehlt, genauso wie die Steigerung der Endenergieproduktivität. Statt den Bruttostromverbrauch um mindestens 10 % zu senken, nehme dieser seit 2014 sogar wieder zu, ebenso wie der Energiebedarf für Gebäude. Das Gleiche gelte für den Verkehrssektor. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes stagniert der Ausstoß von Treibhausgasen seit 2014. Seit 2009 ist der zuvor langjährige Trend abnehmender Treibhausgasemissionen gebrochen. Zwischen 1990 und 2000 ging der CO₂-Ausstoß um 208 Mio. Tonnen zurück. In der folgenden Dekade konnte ein Rückgang um 101 Mio. Tonnen erzielt werden. Von 2010 bis 2017 schwächte sich die Minderung auf 37 Mio. Tonnen ab, obwohl der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix von 17 auf über 36 % gestiegen ist und die installierte Leistung von 55 auf 112 Gigawatt mehr als verdoppelt wurde. Zwischen 2010 und 2018 wurden im Rahmen des EEGs effektiv rund 172 Mrd. € (nach Abzug des Marktwertes des EEG-Stroms) an Subventionen für den Ausbau erneuerbarer Energien gezahlt und trotzdem sind die CO₂-Emissionen je verbrauchter Kilowattstunde (kWh) im Strommix von 2010 bis 2016 laut Bundesumweltamt nur noch um 9 Gramm zurückgegangen. In den Dekaden zuvor konnte dagegen eine Reduktion um 123 Gramm (1990 bis 2000) bzw. 66 Gramm (2000 bis 2010) erreicht werden. In Hessen sind die CO₂-Emissionen seit 2014 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2016 wurden 3 Mio. Tonnen mehr ausgestoßen als noch 2014.
2. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass laut Bundesrechnungshof die der Energiewende unmittelbar zurechenbaren Ausgaben und Kosten im Jahr 2017 mindestens 34 Mrd. € betrugen. Von 2010 bis 2018 hat sich die EEG-Umlage von 2,05 auf 6,79 Cent je kWh mehr als verdreifacht. Der Strompreis für Haushalte ist von durchschnittlich 14 auf fast 30 Cent je kWh (2018) gestiegen. Der Preis für die Industrie hat sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. Steuern (Mehrwertsteuer und Stromsteuer) und Abgaben (EEG-Umlage, Konzessionsabgabe, KWK-Umlage, § 19 Umlage) machen bereits rund 55 % des Strompreises aus, während die Kosten für die Stromerzeugung und Vertrieb nur zu 20 % den Strompreis der Kunden bestimmen. Doch trotz der hohen Steuer- und Abgabenlast und gigantischer Subventionen werden fast alle klimapolitischen Ziele verfehlt. Es ist Zeit für einen Kurswechsel hin zu einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen statt Planwirtschaft und staatlicher Regulierung im Detail.
3. Der Landtag spricht sich gegen die Einführung einer CO₂-Steuer in Deutschland aus. Eine solche Steuer hat keine intelligente Lenkungswirkung, sondern führt alleine zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger. Es ist nicht erkennbar, wie eine weitere Steuer zu geringeren CO₂-Emissionen führen soll, ohne die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu gefährden.
4. Der Landtag befürwortet statt einer CO₂-Steuer die Ausweitung und Weiterentwicklung des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS). Der Europäische Emissionshandel ist der beste ordnungspolitische Rahmen für eine integrierte und technologieoffene Energiepolitik in ganz Europa und in allen Sektoren. Mit ihm lässt sich der CO₂-Ausstoß zielgenau gemäß den Klimaschutzverpflichtungen begrenzen. Während eine Steuer lediglich eine fiskalpolitische Maßnahme zur Erhöhung der Einnahmen des Staates darstellt, führt der Emissionshandel zu einer tatsächlichen Verringerung des Gesamtvolumens der

Emissionen, da diese durch eine Obergrenze („Cap“) beschränkt werden und die Obergrenze im Laufe der Zeit verringert wird. Im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer, die deutsche Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen einseitig belastet, umfasst der EU-ETS 31 europäische Länder und deckt bereits 45 % der europäischen Emissionen ab. Der planmäßige Emissionsrückgang der vom EU-ETS erfassten Anlagen belegt den Erfolg des Emissionshandels.

5. Der Landtag bekräftigt, dass die staatlichen Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden sollen, damit es nicht zu sozialen Verwerfungen durch Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürgern kommt. Effizienter Klimaschutz senkt den CO₂-Ausstoß, erhöht aber nicht die Steuer- und Abgabenlast für die Bürger.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegen eine nationale CO₂-Steuer und für die Stärkung des Europäischen Emissionshandels einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Mai 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock